

Botanische Zeitung

Begründet

Zeitung



1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Root der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Im Verlage von Ullstein & Co. Herausgeber für die Redaktion
(mit Ausnahme des Handelssektors): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11.000
11.801, 11.802 bis 11.850, sowie 15.280, 15.281, 15.282 bis 15.291

Siebzehn Millionen ohne Existenzmöglichkeit.

Eine neue Note an die Entente.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird die deutsche Note mit den Gegenvorschlägen in den Gebietsfragen erst heute in Versailles an die Ententevertreter übergeben. Gleichzeitig wird ihnen eine zweite Note zugehen, in der dargelegt ist, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Entente-Entwurfs im Zusammenhang mit der Abtrennung wichtiger Industrie- und Landwirtschaftsgebiete das weitere Dasein von 15 Millionen Deutschen unmöglich machen und sie zur Auswanderung oder zum Verhungern zwingen würden.

Paris, 13. Mai.

Der Bericht über die diplomatische Lage teilt mit: Die Regierungshäupter besprachen gestern morgen die Antwort auf die beiden letzten Noten des Grafen Brockdorff-Ranckau. Man erwartet, daß diese Noten weitere Folgen werden. Der Biererrat beriet über die Grenzen Ungarns.

Rückkreise Giesberts und Landsbergs.

Versailles, 12. Mai.

Die Reichsminister Giesberts und Landsberg, ferner weitere Herren der Delegation sind heute abend nach Berlin zurückgekehrt.

Wie wie zuverlässig erfahren, hängt die Note des Reichsministers Giesberts und Landsberg, die gestern abend mit fünf anderen Mitgliedern der Delegation aus Versailles nach Berlin überstiegen, lediglich mit sachlichen Rücksichten zusammen. Alle an ihre Anwesenheit in Berlin gehinderten Gesichter sind hinfällig.

Die Antwort der Alliierten.

Meldung des Wolffischen Telegraphen-Büros.

Versailles, 12. Mai.

Der "Temps" meldet: Der Biererrat legte heute vormittag den Wortlaut der Noten fest, welche namens der Konferenz als Antwort auf die beiden letzten Noten der deutschen Delegierten an Graf Brockdorff-Ranckau gerichtet werden sollen.

„Nur eine Abschlagszahlung“.

Meldung des Reuterschen Büros.

London, 12. Mai.

In Beantwortung von Fragen bezüglich Entschädigungen sagte Donar-Law im Unterkhause, die Bezahlung von 5000 Millionen sei eine Abschlagszahlung und greife keineswegs den gesamten Forderungen der Alliierten vor, die von jeder der alliierten Macht für sich vorbereitet werden. Auf die Frage, welche Macht die Alliierten hätten, um die Bezahlung der Schuldverschreibungen in den kommenden Jahren zu erzwingen, sagte Donar-Law, die Bürgeschaften dafür seien in dem Auszug des Friedensvertrages erwähnt. Die Alliierten würden weitgehende wirtschaftliche Bürgeschaften haben.

Beslie Wilson erklärte im Unterhaus im Namen des Schiffsfahrtskontrollen, daß bis zum 9. Mai an Großbritannien 22 deutsche Passagierdampfer mit zusammen ungefähr 168 000 Bruttotonnen und 89 Frachtdampfer mit zusammen ungefähr 883 210 Tonnen ausgeliefert werden seien.

Amsterdam, 13. Mai. (T. R.)

Nach einer Meldung der "Times" aus New York beträgt die Zahl der deutschen Schiffe, die auf Grund des Friedensvertrages den Vereinigten Staaten zugeworfen werden, nun undachtig. Darunter sind zahlreich der größten transatlantischen Dampfer. Ihr Raumgehalt beläuft sich auf insgesamt 854 000 Tonnen.

Drohung mit militärischem Einmarsch.

Drahtmeldung.

London, 12. Mai. (W. T. D.)

Das Reutersche Büro erschließt: Falls Deutschland die Friedensbedingungen nicht annehmen sollte, was für unwahrscheinlich gelten wird, so und militärische Vorbereitungen dafür getroffen

dass die alliierten Armeen genau so vorrücken, wie sie es getan haben würden, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte.

Londoner Fälschmeldungen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.
ar Versailles, 12. Mai.

Die Londoner Blätter vermehren die rege Diskussion über die bevorstehende Haltung Deutschlands um die Übereinkunft, man habe in Berlin bereits beschlossen, daß die Friedensbedingungen angenommen werden müssen. Über die jetzige Regierung werde zurücktreten und durch ein Kabinett ersetzt werden, das entweder aus beiden sozialistischen Parteien oder nur aus Unabhängigen zusammengesetzt sei. Die ganze Diskussion über die Annahme oder Ablehnung kann nur den Zweck haben, die wirtschaftlichen Tatsachen zu verschleiern. Die Frage ist zunächst überhaupt nicht bearbeitbar. Wir sind im Stadium der Verhandlungen, und niemand kann heute sagen, wie der Friedensvertrag aussieht, um dessen Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung es sich schließlich handeln wird. Die englische Presse will anscheinend nicht nur die eigene, sondern auch die deutsche Öffentlichkeit darüber täuschen, daß die Dinge noch keineswegs in ihrem letzten Stadium sind. Umso weniger ist es am Platze, daß die deutschen Minister und Zeitungen diese Politik mitmachen und schon jetzt die Frage der Annahme der Friedensbedingungen unter ausdrücklicher oder stillschweigender Zugrundelegung des gegenwärtigen Entwurfs behandeln. Entscheidende Wochen, in denen wir uns befinden, erfordern einen klaren Kopf und möglichst geringe Einmischung aller Elemente, die die Situation nicht völlig beherrschen. Die Verhandlungen müssen unter gekannter Berücksichtigung von Stimmungen und Empfindlichkeiten geführt werden, die nur an Ort und Stelle erkennbar sind. Es ist zu hoffen, daß man das in Berlin begreift und besonders auch die Frage der Verhandlungstat mit den Verfallen Unterhändlern vollkommen überläßt. Der Grundton für die politische Gesamthaltung Deutschlands muß von hier aus angegeben werden. Die Berliner Regierung muß, wenn schon jetzt das Mögliche erreicht werden soll, auf diesen Ton abgestimmt sein.

Dänemark gegen Verfaillles.

Kopenhagen, 13. Mai.

Der Reichstag hat gestern in geheimer Sitzung mit 124 gegen 30 Stimmen eine von dem Abgeordneten Neergaard vorgelegte, von dem Staatsminister namens der Regierung und der radikalen Partei und von dem Abgeordneten Sigvald Olsen namens der sozialdemokratischen Partei befürwortete Entschließung folgenden Inhalts angenommen:

Indem der dänische Reichstag seine Freude darüber ausdrückt, daß der kommende Friede möglicherweise die nationale Hoffnung des dänischen Volkes erfüllen wird, beharrt er auf seiner Resolution vom 23. Oktober 1918 und auf den Wünschen hinsichtlich des Abstimmungsgebietes in Schleswig, die von allen Parteien des Reichstages sowie von den Delegierten und den Repräsentanten des dänischen Wählervereins in Schleswig den alliierten und assoziierten Regierungen vorgebracht worden sind. Der Reichstag ist nach wie vor der Ansicht, daß eine Abstimmung auf Grund dieser Wünsche die beste Garantie für die nationale Zukunft des dänischen Volkes geben wird.

Der Reichstagsbesluß des dänischen Reichstages bedeutet eine Abstimmung der Abstimmungsart, die in Versailles in der Wohlthat beschlossen wurde, möglichst viele Deutsche durch die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserstellung vom Reich wegzulösen. Die dänische Regierung und Volksvertretung wollen nur das überwiegend dänische Nordgebiet, welches in der für die deutsche Minderheit ungünstigeren Form der Gesamtobstimmung. Die Gesamtobstimmung will Dänemark nur in dem Teil Schleswigs, der dänische Minderheiten enthält. Der Ententevorschlag dagegen bedeutet die Verlobung für 400 000 Deutsche, sich an Dänemark zu verkaufen. Die Dänen lebten leben einen solchen Zwang an volkstümlichen Elementen als Unglück an und wohnten sich gegen das „Geschenk“ von Versailles, das eine Verhöhnung des Gedankens der Selbstbestimmung bedeutet.

Die preußische Landesversammlung gegen den Gewaltfrieden.

Die Mitglieder der Preußischen Landesversammlung hatten gestern nachmittag im Abgeordnetenhaus eingefunden, um in einer Sitzung zu den vom Ministerpräsidenten Hirsch in der Sitzung vom 8. Mai abgegebenen Erklärungen über die Friedensbedingungen Stellung zu nehmen.

Ministerpräsident Dr. Freiherr eröffnete die Sitzung. Als erster Redner wandte sich der Abg. Graef (Soz.) gegen die harten Bedingungen des Friedensentwurfes und wies nach, daß fast jede Forderung der Entente geeignet sei, dem deutschen Volk in seinen lebenswichtigsten Rechten Abbruch zu tun. Der „Korridor“ nach Danzig, der doch nur den Poles haben sollte, den Polen den unbehinderten Verkehr mit dem Meer offen zu lassen, sei etwas breit ausgesetzt; die Art, in der die Abstimmung in den strittigen Landesteilen vorgenommen werden sollte, entspräche auch durchaus nicht den Bedingungen, die das deutsche Volk zu stellen berechtigt sei.

Abg. Graef schließt seine Rede: Dieser Friede ist für Deutschland unannehmbar. Wir müssen darauf sehen, daß wir Erleichterungen bekommen. Wir wollen dem deutschen Volke begreiflich machen, daß die Regierung alle Kraft daran setzt, einen besseren Frieden zu erhalten. Gelingt es der Regierung nicht, dann muß das Volk befragt werden, ob es untergehen will oder nicht. Dann werden wir Sozialdemokraten, wie im Jahre 1914, sagen: In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich.

Als zweiter Redner spricht der Führer der deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Herglotz: Von allen deutschen Landestellen ist Preußen am härtesten getroffen worden. Wo immer man das Buch aufschlägt, das Ministerpräsident Scheidemann richtig einen Morbplan genannt hat, stößt man auf Bedingungen, die tiefsinnig Preußens einschneiden. Der Gegner will nicht nur Vordergebiete von uns abtrennen, sondern legt auch seine Ztg an die Wurzeln unserer Landwirtschaft. (Die Sitzung dauerte fort)

Uierzehntägige Verhandlungspause.

Die preußische Landesversammlung wird sich, falls die heutige Sitzung in einer Sitzung erledigt wird, laut Beschuß des Reichstags angesichts der allgemeinen politischen Lage auf etwa vierzehn Tage vertagen. Auch Ausschüttungen finden während dieser Zeit nicht statt.

Der Untersuchungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat am Dienstag einige der bereits vernommenen Zeugen der Januar-Vorgänge einander gegenübergestellt, insbesondere den Kommandanten Fischer und das Fünferausschüttungsmittel Rudolph auf der einen, Vollzugratsmitglied Stoltz und den Obmann der Soldatenwehr Gründer auf der anderen Seite.

Fortdauer der polnischen Transporte.

Wie das Wolffische Telegr.-Büro von zuständiger Stelle erhält, ist die Nachricht, daß die Transporte der Truppen der polnischen Armee durch Deutschland eingestellt worden seien, unrichtig. Auch eine Umleitung der Transporte findet nicht statt. Vielmehr dauern die Transporte ununterbrochen fort.

Das neue Entente-Bündnis.

Versailles, 12. Mai. Über die Entstehungsgeschichte des Abkommen, durch das England und Amerika sich verpflichten, Frankreich im Falle eines nicht herausfordernden Angriffes durch Deutschland unverzüglich beizustehen, macht das Blatt "Liberté" heute folgende Angaben: „Da England und Amerika gewisse Forderungen Clemenceau auf militärische Sicherungen nicht annehmen zu können glaubten, verlangte und erwirkte Clemenceau die gemeinsame Verpflichtung auf Eingreifen am Rheine, sobald Deutschland, ohne herausgefordert zu sein, Frankreich angreift. So erklärt es sich, daß Frankreich im Abkommen nicht vorkommt.“ Hebrigens habe Orlando, der an allen vorbereitenden Verhandlungen teilnahm, infolge seiner Abreise jedoch der endgültigen Abmachung nicht beiwohnt habe, den Charakter und die Tragweite des Abkommen ganz richtig als Entschädigung für verweigerte militärische Sonder sicherungen für Frankreich aufgefaßt. Das Blatt läßt durchblicken, daß Frankreich und Italien sich angedacht, einen Bündnisvertrag auf Gegenseitigkeit abzuschließen. Ferner glaubt das Blatt, daß Belgien schließlich auch noch in das Abkommen zwischen England, Amerika und Frankreich aufgenommen werden würde.